



Abschied von Rot-Rot-Grün

Wer wissen möchte, wohin es die Berliner Sozialdemokratie treibt, sollte sich die rbb-Sendung 12:22 anhören, die erstmals am Samstag und in der Wiederholung heute Morgen ausgestrahlt wurde.

<https://www.inforadio.de/programm/schema/sendungen/zwoelfzweiundzwanzig.html>

Aus dem, was die SPD-Spitzenkandidatin **Franziska Giffey** sagte, geht eindeutig hervor, dass sie keine große Neigung verspürt, weiterhin mit den Linken und den Grünen zusammenzuarbeiten. Über Koalitionsoptionen oder gar Wünsche äußerte sie sich nicht. Jeder kämpft für sich erst einmal allein und nach der Wahl findet die Brautschau statt.

Fünf Wochen sind noch eine lange Zeit bis zur Wahl. Nach der aktuellen Umfrage vom 13. August käme eine Koalition unter Führung der SPD und jenseits von Linken und Grünen, dafür aber mit CDU und FDP auf 45 Prozent. Die SPD hat sich von 15 auf 21 Prozent hochgearbeitet, die Grünen sind von 27 auf 21 Prozent abgerutscht. Ob darin ein Trend zu erkennen ist, werden die nächsten Umfragen zeigen. Dass es ausgemacht ist, wie es lange schien, dass **Bettina Jarasch** ins Büro des Regierenden Bürgermeisters einzieht, ist fraglicher denn je.

Ob diese Zahlen Berlingemacht sind, oder sich am Bundestrend orientieren, kann vermutet werden. **Kai Wegners** Berliner CDU leidet unter dem Bundestrend. Von 23 Prozent sind derzeit nur noch 17 übriggeblieben.

Die Plagiate in den Arbeiten von Giffey wurden nur am Rande besprochen, über die neuerlichen Vorwürfe äußerte sie sich gar nicht. Ob sich das überhaupt auswirkt, muss abgewartet werden. Vermutlich ist es den Wählern egal, weil Politiker halt so sind, wie sie sind.

Die Knackpunkte bei möglichen Koalitionsverhandlungen, wenn es keine andere Option als Grün und Links gibt, ist der Enteignungsvolksentscheid, gegen den sich Giffey in aller Deutlichkeit ausgesprochen hat. Sie nennt das eine Rote Linie. Linke, Grüne und Teile der SPD stehen hinter dem Volksentscheid, Giffey ist dagegen. Wie sie das im Ernstfall mit ihrer Partei ausmacht, wird spannend.

Die Ressorts Stadtentwicklung und Verkehr müssten wieder zusammengeführt werden. Den Wohnungsneubau erklärt Giffey schon jetzt zur „Chefinnensache“. Dass zu wenig gebaut werde, lastet sie allein der Linken an. Als die SPD noch die Bausenatoren stellte, wurde mehr gebaut, behauptet sie.

Giffeys Wahlkampf richtet sich ganz eindeutig gegen ein Weiter so mit Grünen und Linken. Fünf Jahre lang gab es zu R2G in allen Umfragen keine Alternative. Jetzt tut sich eine auf. Berlin könnte diese Option nutzen.



Heute ist ein historischer Tag. Ob er eines Tages in der Rückschau auch ein guter war, wird sich zeigen. **Ab 09:00 Uhr ist Bild.TV auch im regulären Fernsehen zu empfangen.** Jetzt schon und weiterhin auch unter bild.de. Die Frauenquote hat Bild schon mal mehr als erfüllt, vier Herren und sechs Damen werden das Programm präsentieren.

Gleich heute Abend ab 19:30 Uhr beginnt die „Kanzlernacht“ mit Fragen an **Armin Laschet** und **Olaf Scholz**. Bei dieser Sendung hat sich Bild gegen eine Frauenquote entschieden, denn die Grüne Kanzlerkandidatin **Annalena Baerbock** kommt gar nicht vor.

So wie es RTL gelungen ist, den ehemaligen Chefsprecher von *ARD aktuell*, *tagesschau* und *tagesthem*, **Jan Hofer**, zu verpflichten, hat auch Bild.TV einen prominenten öffentlich-rechtlichen Moderator ins Boot geholt. **Thomas Kausch** (2.v.r. auf dem Foto), der seit 2011 *NDR Info 21:45* moderierte, wechselt zu Bild. Damit hat sich eine weitere kompetente öffentlich-rechtliche Stimme privatisiert. **Thomas Kausch** sagt zu seinem Wechsel: „*BILD LIVE ist zweifellos das aktuell spannendste TV-Projekt in Deutschland. Die Aufbruchstimmung für den neuen Sender wollen wir die Zuschauer spüren lassen und sie mitnehmen. Verlässlichkeit mit Veränderung verbinden, das war immer der Weg bei Axel Springer, und es war immer auch mein Leitmotiv. Deshalb freue ich mich, diesen Weg jetzt gemeinsam zu gehen.*“ *Quelle: Axel Springer*

Bild sorgte heute früh für eine weitere Schlagzeile. **Die neueste Umfrage von INSA liefert einen Gleichstand von Union und SPD. Beide kommen auf 22 Prozent.** Grüne 17, FDP 13, Linke 7 und AfD 12 Prozent. Zwischen dem 16. und 20. August wurden telefonisch und online 1.352 Wahlberechtigte befragt.

Ed Koch